

Appenzellerland

Omegloset – Omeglueget

Appenzeller Wurzeln hat **Guido Eugster** (81), Sänger des legendären «Trio Eugster», wie Kiebitz der «Glückspost» entnehmen konnte. In der Rubrik «Das gebe ich nie mehr her!» zeigt Eugster eine silberne Uhrenkette. Diese



sei unverzichtbarer Bestandteil der Appenzeller Sennentracht aus dem 19. Jahrhundert, so Eugster. «Ich schätze, dass die Uhr mindestens 50 Jahre oder älter sein müsste.» «Helewie, singen kann er ja, der Guido, aber rechnen?», fragt sich Kiebitz.

Statt 6,8 Kilogramm Papier erhalten 30 Ständeratsmitglieder versuchsweise ein iPad Pro, auf dem sie ihre Unterlagen digital abrufen können, sah Kiebitz in einem Video auf «20 Minuten». Nicht ganz zufrieden mit der neuen



Technologie zeigte sich **Andrea Caroni**: «Man kann nur ein Dokument aufs Mal anzeigen, ich hätte gerne fünf grosse iPads.»

Das Bundeshaus hat einen Dachschaden. Vor knapp einem Jahr ist Christoph Blocher deswegen in einer Wasserlache ausgerutscht und hat sich die Nase gebrochen. Obwohl an der Stelle inzwischen ein rutschsicherer Teppich verlegt wurde, soll **David Zuberbühler** dort jüngst auch



fast auf die Nase gefallen sein. Als Schuhverkäufer sollte er eigentlich mit passendem Schuhwerk unterwegs sein, denkt sich

Kiebitz

ANZEIGE



Zentrum-Garage Krüsi AG | 9113 Degersheim
www.zentrumgarage.com | 071 371 17 17

Die Taggelder werden angehoben

Kantonsratsgesetz Künftig erhalten Mitglieder des Kantonsparlaments höhere Entschädigungen – aber nicht so viel wie ursprünglich geplant. Umstritten sind zudem das Gebet zu Beginn der Sitzung und die Grösse der GPK.

Jesko Calderara
jesko.calderara@appenzellerzeitung.ch

Die Diskussionen zum Kantonsratsgesetz und der Geschäftsordnung drehen sich am Montag hauptsächlich um fünf Aspekte. Umstritten war unter anderem die Höhe der Entschädigung. Gemäss dem Vorschlag der parlamentarischen Kommission (PK) hätte diese aus drei Komponenten bestehen sollen. Die geplante Grundentschädigung von 1000 Franken pro Jahr und Ratsmitglied strich der Kantonsrat jedoch aus der Geschäftsordnung. Mit dem Betrag wären Tätigkeiten wie die Lektüre von Unterlagen oder die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen abgegolten worden.

Der Rat folgte der Argumentation von Oliver Schmid (FDP/Teufen). Dieser begründete seinen Antrag mit finanziellen Überlegungen. Angesichts der angespannten Lage bei den Kantonsfinanzen brauche es gewisse Einsparungen, sagte Schmid. Die vorgeschlagenen Massnahmen, etwa die Schaffung eines Parlamentsdienstes innerhalb der Kantonskanzlei, hätten gemäss dem Vorschlag der PK Mehrkosten von rund 330 000 Franken verursacht. Die Mitglieder des Kantonsrates erhalten in Zukunft dennoch höhere Entschädigungen. So werden die Taggelder von heute 250 auf 300 Franken angehoben. Dagegen wurde eine Infrastrukturentscheidung von jährlich 250 Franken abgelehnt.

Zusätzliche Zulagen gibt es für das GPK-Präsidium (6000 Franken), die übrigen GPK-Mitglieder (3000 Franken), die Präsidenten der ständigen Kommissionen (3000 Franken) und die übrigen Mitglieder der Kommission Finanzen (1000 Franken). Keine Chance hatte



Mit der Einführung der fünf ständigen Kommissionen wird der zeitliche Aufwand für ein Kantonsratsmandat steigen.

Bild: Ralph Ribi

eine Erhöhung der Entschädigung für das Kantonsratspräsidium von aktuell 8000 auf 15 000 Franken. Einen solchen Antrag stellte Werner Rüegg (CVP/Heiden). Dafür erhalten die Fraktionen neu 5000 Franken pro Jahr.

Keine Sitzordnung nach Fraktionen

Ein Thema war auch die künftige Sitzordnung des Kantonsrates. Edgar Bischof (SVP/Teufen) verlangte im Namen einer PK-Minderheit eine Sitzordnung nach Fraktionen. Die Bezirke hätten in Ausserrhoden keine Bedeutung mehr. Ähnlich argumentierte Yves Noël Balmer (SP/Herisau). «Damit wird die politische Realität besser abgebildet.» Relativ knapp wurde der Antrag der PK-

«Die neue Organisation bedeutet einen grösseren Aufwand.»



Gilgian Leuzinger
Kantonsrat und PK-Präsident

Mehrheit gutgeheissen. Demnach bleibt die Sitzordnung nach Wahlkreisen und somit Gemeinden bestehen.

Diskussionen gab es am Montag zudem zum Gebet am Anfang jeder Kantonsratssitzung. Niklaus Sturzenegger (FDP/Trogen) beantragte mit Verweis auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit die Einführung eines stillen Gebets. Für die Trennung von Kirche und Staat plädierten auch mehrere FDP- und SP-Kantonsräte. Dagegen sprachen sich die SVP und die CVP für das Gebet aus. Es gehe darum, die christlichen Werte beizubehalten, sagte Renzo Andreani (SVP/Herisau). Sturzenegger scheiterte mit seinem Antrag deutlich.

Strittig waren darüber hinaus noch weitere Neuerungen, bei-

spielsweise die Grösse der Geschäftsprüfungskommission.

Dieses ersetzt die drei bisherigen Aufsichtskommissionen (Justiz-Finanz- und Staatswirtschaftliche Kommission). Die PK-Mehrheit schlug vor, dass die GPK aus mindestens sieben Mitgliedern bestehen muss. Der Kantonsrat erhöhte diese Mindestzahl dagegen auf 11. Er stimmte für den PK-Minderheitsantrag von Kantonsrätin Judith Egger (SP/Speicher). Als Begründung für diese Lösung wurde die Möglichkeit zur Bildung von Subkommissionen genannt. Eine Mehrheit lehnte dagegen eine strengere Regelung bei der Unvereinbarkeit eines Parlamentsmandats für Kantonsangestellte ab. Damit wurde das passive Wahlrecht höher eingestuft.

IG Starkes AR feiert Zwischenerfolg

Ausserrhoden Die IG Starkes AR will Zusammenschlüsse von Gemeinden fördern. Gestern hat sie in Herisau der Kantonskanzlei 1119 Unterschriften für ihre Volksinitiative überreicht.

In Appenzell Ausserrhoden dürfte bald das Thema Gemeindefusionen für Diskussionen sorgen. Denn die Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» der IG Starkes AR ist zustande gekommen. Die Vorstandsmitglieder Roger Sträuli (Präsident), Walter Nef, Markus Brönnimann, Annette Joos und Andreas Zuberbühler konnten gestern in Herisau 1119 Unterschriften der Kantonskanzlei überreichen.

Hauptanliegen der Initiative ist es, Artikel 2 der Kantonsverfassung zu ändern. In diesem sind heute alle 20 Gemeinden namentlich aufgeführt. Das erschwert Gemeindefusionen. Die IG möchte den Artikel 2 nach dem Vorbild anderer Kantone formulieren. Künftig hiesse es



Das Volk soll darüber abstimmen, ob die 20 Gemeinden nicht mehr namentlich genannt werden.

Bild: PK

nur noch: «Der Kanton Appenzell Ausserrhoden gliedert sich in Gemeinden.» Lanciert hatte die IG die Initiative im vergangenen Dezember.

Ziel waren 1000 Unterschriften. Dieses Ziel konnte nun übertroffen werden. «Einzelne Mitglieder haben sich enorm engagiert», sagt Roger Sträuli. Die IG Starkes AR sei nun gespannt, wie es weitergehe. Denn noch ist unklar, wie diese im Kontext zur Totalrevision der Kantonsverfassung behandelt wird. Ungeachtet dessen sagt Roger Sträuli aber: «Wir sind überzeugt, dass wir mit unserem Anliegen offene Türen einrennen.»

Patrik Kobler
patrik.kobler@appenzellerzeitung.ch